Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 32 | **München, 10. August 1928** | **15. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928 Wochenkalender 5688

	August	Aw	Bemerkungen
Sonntag	12	26	
Montag	13	27	
Dienstag	14	28	
Mittwoch	15	29	
Donnerstag	16	30	ראש חדש יוםא׳
Freitag	17	1	ראש חדש יום ב׳
Samstag	18	2	שפטים

Das Jüdische Echo

Nummer 32 **10. August** **15. Jahrgang**

Sprechende Zahlen

Die öffentliche jüdische Volksschule in der Statistik

Von Julius Stern (Berlin)

Die Kämpfe um das Reichsschulgesetz, das in seinen Auswirkungen sicher zu einer starken Konfessionalisierung der deutschen Volksschule geführt hätte, sind beendet, oder besser gesagt, es ist in ihnen eine Kampfpause eingetreten. Der erste Entwurf ist erledigt, ein neuer wird erst in einigen Monaten vorliegen. Doch ist es vielleicht gerade jetzt angebracht, einmal zu zeigen, wie weit innerhalb der jetzt bestehenden Gesetzesvorschriften das jüdische Element in den öffentlichen Volksschulen zur Geltung kommt. Die Erhebungen über das Volksschulwesen im Schuljahr 1926/27 und die kürzlich von der Staatlichen Auskunftsstelle herausgegebenen anläßlich der Bearbeitung des Reichsschulgesetzentwurfes aufgenommenen Ziffern ermöglichen einen Überblick über das uns interessierende Teilgebiet aus dem des öffentlichen Volksschulwesens.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei von vornherein betont, daß es sich bei den folgenden Betrachtungen nur um Volksschulen, und zwar nur um öffentliche Volksschulen, handelt, das heißt also um solche, bei denen Staat oder Kommune in erster Linie Träger der Schullasten sind. Es fallen also unter diesen Begriff weder die von jüdischen Gemeinden allein noch die von sonstigen privaten Stellen unterhaltenen Schulen.

Zunächst interessiert uns die Frage: Wieviel öffentliche jüdische Volksschulen gibt es überhaupt im Deutschen Reiche? Im Vergleich zu den übrigen konfessionellen Schulen, auch unter Berücksichtigung unseres zahlenmäßigen Verhältnisses zur übrigen Bevölkerung, unverhälnismäßig wenig. Von 52 320 im Deutschen Reiche im Jahre 1926/27 bestehenden Volksschulen entfallen auf die evangelische Konfession 28 570, auf auf die katholische 15 009, Simultanschulen sind 8413 und jüdische — 121. Man muß natürlich in Betracht ziehen, daß die jüdische Bevölkerung oft so zerstreut in kleinen Landgemeinden wohnt, daß es nicht lohnen würde, für die geringe Anzahl Schüler eigene Schulen zu errichten. Daß aber beispielsweise in Berlin für 5345 jüdische Schüler, die christliche Volksschulen besuchen, keine öffentliche jüdische Volksschule besteht, während für die sechsfache Anzahl katholischer Kinder beispielsweise 57 Volksschulen vorhanden sind, dürfte doch immerhin ein Zeichen dafür sein, daß die „Belange" der katholischen Kirche innerhalb der bestehenden Gesetze anders gewahrt sind als die unsrigen.

Auf welche Länder und Landesteile verteilen sich überhaupt die öffentlichen jüdischen Volksschulen in Deutschland? In außerpreußischen Ländern sind solche nur in Bayern und Württemberg zu finden. Die meisten jüdischen öffentlichen Volksschulen — 38 — in Deutschland hat die preußische Provinz Hessen-Nassau. Die Tatsache, daß in Hessen-Nassau sich gerade trotz der sehr verstreut lebenden jüdischen Bevölkerung eine große Anzahl jüdischer öffentlicher Schulen befindet, ist in der alten kurhessischen Judengesetzgebung begründet. In weitem Abstand folgt Bayern mit 25, Rheinprovinz und Westfalen mit 24 bzw. 16. Die übrigen preußischen Provinzen, die öffentliche jüdische Volksschulen aufzuweisen haben, sind Hannover (9), Oberschlesien (6), Schleswig-Holstein und Grenzmark Posen-Westpreußen je 1.

Wie stark werden die bestehenden jüdischen Volksschulen nun eigentlich besucht? In Hessen-Nassau gehen 447 Kinder in 38 Schulen, während im Rheinland 2084 Kinder 24 Volksschulen besuchen. Eine Tatsache, die Rückschlüsse auf die Dichte der jüdischen Bevölkerung erlaubt. In Bayern stehen 505 Kindern — also immer noch mehr als in Hessen-Nassau — 25 jüdische Schulen zur Verfügung. Die durchschnittliche Besuchsziffer der jüdischen Volksschulen, die außer in einigen rheinischen Großstädten wohl immer einklassige Schulen sind — also nur von einem Lehrer betreut werden —, ist 37, fast gleich der allgemeinen Klassendurchschnittsziffer, die auch eine Lehrkraft erfordert. In Hessen-Nassau dagegen beträgt der Besuchsdurchschnitt nur 11 und liegt hier wesentlich unter dem Durchschnitt.

Vergleicht man diese Zahlen mit den Ergebnissen der Volksschulstatistik aus dem Jahre 1920/21, so sieht man deutlich, wie stark die öffentlichen jüdischen Volksschulen in dieser kurzen Zeitspanne abgenommen haben, ein trauriges Kapitel jüdischer Gegenwartsgeschichte wird hier mit Zahlen belegt. Immer wieder trat uns in den Nachkriegsjahren in Zeitungsmeldungen die Nachricht von dem Eingehen einer jüdischen Schule entgegen, oft genug ist von berufener Seite darauf hingewiesen worden, welch unermeßlichen Schaden diese Erscheinung gerade für die kleinen Landgemeinden, die doch in der Regel davon betroffen werden, bedeutet. Den wenigsten dürfte es aber doch klar vor Augen gestanden haben, daß seit 1920 41,6 Prozent der öffentlichen jüdischen Volksschulen eingegangen sind. Von 207 im Jahre 1921 bestehenden Volksschulen existieren heute nur noch 121. Gewiß, die Zahl der übrigen Volksschulen ist auch etwas zurückgegangen, bei diesen beträgt die Verminderung aber nur 0,8 Prozent.

Plötzlicher Rückgang der Schülerzahl in dieser Zeit kann nicht zu dieser starken Abnahme geführt haben, denn die Zahl der jüdischen Schüler in den öffentlichen Volksschulen hat nur um 15 Prozent abgenommen, während die Zahl der

evangelischen und katholischen Schüler sich um 25,5 Prozent bzw. 26 Prozent vermindert hat.

Im wesentlichen dürfte diese Abnahme der jüdischen öffentlichen Schulen wohl eine Folgeerscheinung der Inflation sein. Der Staat, der bei seinen damals ergriffenen Sparmaßnahmen Klassenfrequenzen erhöhte, um so Lehrkräfte zu ersparen, schritt auch dazu, Zwergschulen — und das war wohl ein großer Teil der davon betroffenen jüdischen Schulen — aufzulösen. Naturgemäß wirkte sich diese Maßregel am stärksten in den Gebieten aus, die nur relativ kleine Judensiedlungen aufweisen, und in denen dennoch bis zu dieser Zeit staatliche jüdische Volksschulen in großer Zahl vorhanden waren. Hessen-Nassau, das — wie oben erwähnt — heute, nach dem Abbau, noch 38 öffentliche jüdische Volksschulen besitzt, zählte 1921 deren 69, verlor also 31 in dieser Zeit, oder anders ausgedrückt, während 1921 von 2278 jüdischen Kindern 1050 jüdische öffentliche Volksschulen besuchten (46 Prozent), gehen 1926 von 1709 jüdischen Kindern nur 447 in jüdische Schulen (26 Prozent).

Eine merkwürdige Erscheinung findet sich allerdings im Rheinland, in dem übrigens nur 3 Schulen von 27 eingegangenen sind. Hier besuchten im Jahre 1921 von 3341 jüdischen Schülern nur 1420 jüdische öffentliche Volksschulen, während 1926 von 2760 jüdischen Schülern 2084 jüdische Schulen besuchen. Es ist zu vermuten, daß die Auswirkungen des Grundschulgesetzes in diesen Zahlen zu spüren sind, das naturgemäß in den Schulen der rheinischen Großstädte ganz andere Wirkungen hervorbringen mußte, als etwa in den Schulen des flachen Landes in Hessen-Nassau.

Von allen jüdischen Schülern Preußens, die öffentliche Volksschulen besuchen, gingen im Jahre 1921 nur 28 Prozent in jüdische Schulen, und im Jahre 1926 waren es deren 21 Prozent. Allgemein glaubt man, daß der Rest, das heißt drei Viertel der in Frage kommenden Kinder, Simultanschulen besucht, und nur aus dieser irrtümlichen Annahme der Allgemeinheit ist das oft vorhandene Desinteresse an dieser Frage zu erklären. Folgende Zahlen dürften aber doch immerhin zu denken geben: in Preußen — dem Lande mit den meisten jüdischen Volksschulen, wo also die Verhältnisse relativ am günstigsten liegen — besuchen 10 104 jüdische Kinder evangelische Schulen, 1278 jüdische Kinder gehen in katholische Schulen, 1232 in Simultanschulen, während nur 3176 jüdische Kinder in jüdischen öffentlichen Volksschulen zu finden sind. Fast viermal soviel jüdische Kinder besuchen demnach christlich-konfessionelle Schulen als jüdische, ein Zustand, der sicherlich auch den überzeugtesten Gegner der jüdischen Schule nicht mit restlosem Behagen erfüllen wird. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß in der Erhebung zu finden ist, daß vier evangelische Kinder jüdische Schulen besuchen.

Die hier gegebenen Zahlen sind naturgemäß lückenhaft, da ein Teil jüdischer Volksschüler gar nicht erfaßt ist, nämlich die, die die privaten jüdischen Volksschulen besuchen. Die Verarbeitung dieser Zahlen sei einem späteren Artikel vorbehalten, soviel kann aber schon heute gesagt werden, daß die von diesen Schulen erfaßten Kinder in keinem Verhältnis zu den jüdischen Kindern stehen, die allgemeine — das heißt, wie oben gezeigt, christliche — Schulen besuchen. Gewiß, es sind in letzter Zeit — allerdings nur in einigen Großstädten — eine Reihe privater jüdischer Volksschulen entstanden, diese vermögen aber bei weitem nicht die Zahl von Schülern aufzunehmen, die geeignet wären, das Bild irgendwie stark zu beeinflussen. Während beispielsweise im Jahre 1926/27 in Berlin 5345 jüdische Schüler die allgemeinen Volksschulen besuchten, dürften bei weitgehender Schätzung in dieser Zeit von den privaten jüdischen Volksschulen nur 600 bis 700 erfaßt sein.

Wirtschaftsfragen auf der AC.-Sitzung

R. S. Berlin, 30. Juli 1928

I.

In seiner diesjährigen Julisession hatte das Aktionskomitee als parlamentarische Instanz der Zionistischen Weltorganisation wie in jedem kongreßlosen Jahre zunächst seine formalen Funktionen zu erfüllen. Das heißt, es mußte die Berichte der Palästina-Exekutive entgegennehmen und darnach das Budget für die kommende Arbeitsperiode bis zum Kongreß festlegen. Aus dem Bericht der landwirtschaftlichen Abteilung der Palästina-Exekutive geht hervor, daß das verflossene Jahr im großen und ganzen für die einzelnen Siedlungen günstig abschließt. Nur in der Jordansenke und im mittleren und östlichen Teil des Emek hat die Dürre erheblichen Schaden angerichtet. Hier ist die Ernte infolge der geringen Regenmengen und des völligen Ausbleibens des Spätregens teils völlig vernichtet, teils auf die Hälfte gesunken. Man bemüht sich, diese akute Notlage der Siedler zu lindern. Unter anderem wird versucht, von der palästinischen Regierung eine Steuerbefreiung für die betroffenen Siedlungen und Anleihen für den Ankauf von Saatgut zu erlangen. Die Palästina-Exekutive will in den betroffenen Gegenden eine Anzahl von ohnehin vorgesehenen Bauten vornehmen, die es den Kolonisten ermöglichen sollen, durch Außenarbeit einen Teil der Verluste wieder wettzumachen. — In den anderen Landesteilen stehen die Ernten günstig. Z. B. wurden durch rationelle Wirtschaftsmethoden und mit Hilfe der Versuchsstation teilweise Ernten erzielt, deren Ertrag für palästinische Verhältnisse erstaunlich hoch liegt, so Erträge von 2000 bis 2300 kg Gerste pro Hektar usw. Derartige Leistungen lassen sich natürlich nicht verallgemei-

nern, zeigen aber doch, daß durch die fortgesetzte Arbeit der Versuchsstation die Situation der palästinischen Landschaft wesentlich verbessert werden kann.

Die Siedlungen, die man bereits auf dem letzten Kongreß als annähernd konsolidiert ansah und die sich also in Zukunft selbst erhalten sollen, haben sich im allgemeinen günstig entwickelt. Es sind die Betriebe Nahalal, Kfar Jecheskiel, Gan Schmuel, Daganiah A, Kirjath, Anawim, Merchawiah, Ben Schemen, Ginegar. So hatte z. B. Kirjath Anawim im vergangenen Jahr einen Überschuß von 414 Pfund aufzuweisen, während in den beiden vorhergehenden Jahren seine Bilanz mit einem Verlust von 540 bzw. 545 Pfund abschloß. Betrachtet man die Betriebsstatistiken näher und läßt die drei großen Kwuzoth heraus, so kommt man allerdings zu einem überraschenden Resultat. Viel bedeutsamer als der Unterschied zwischen Kwuzah und Moschaw-Owdim scheint der Unterschied zwischen den Siedlungen zu sein, die vornehmlich auf Getreidebau basieren, und denen, bei denen auch die Pflanzungen eine wesentliche Rolle spielen. Es hat den Anschein, als ob die letzteren, unabhängig von ihrer Siedlungsform, günstiger dastehen, und wenn eine solche Schlußfolgerung vorläufig auch nur mit allem Vorbehalt ausgesprochen werden kann, so würde sie doch, wenn sie sich bestätigt, von weittragender Bedeutung werden.

Zur endgültigen Konsolidierung aller Siedlungen der Zionistischen Organisation wird heute eine Summe von 312 800 Pfund veranschlagt. Zusammen mit den bereits investierten 729 400 Pfund ergibt sich eine Summe von rund 1,04 Millionen Pfund. Durch diese Kapitalien sind 7600 Seelen in 1330 Familien angesiedelt worden, und es ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Ansiedlungsbetrag von 800 Pfund pro Familie (ohne Boden). Das Budget für das nächste Jahr sieht vor, in der von der Kolonisationsabteilung ausgearbeiteten Form, daß, außer den oben genannten, weitere sieben Siedlungen endgültig konsolidiert werden, so daß sie mit Abschluß des nächsten Jahres aus der Obhut der zionistischen Organisation entlassen werden können. Es sind das die Moschwe-Owdim: Nachlath Jehuda und Ataroth und die Kwuzoth: Daganiah B, Kinereth, En Charod, Chefzibah, Gewah. Für diese Siedelungen ist im ganzen ein Betrag von rund 25 000 Pfund in den Voranschlag eingesetzt, eine Summe, die allerdings noch nicht alle planmäßig vorgesehenen Investitionen einschließt, deren Auszahlung aber doch einen wesentlichen Schritt vorwärts bedeuten würde. In ein ähnliches Stadium würden dann ein Jahr später 17 weitere Siedlungen gelangen können, für die im ganzen noch rund 100 000 Pfund benötigt werden, von denen 54 000 Pfund in dem diesjährigen Voranschlag eingesetzt waren. Zusammen mit den Ausgaben für vier Mittelstandssiedlungen, Bewässerungen, Administrationen usw. ergibt sich eine Gesamtsumme für den Voranschlag des landwirtschaftlichen Budgets von 107 000 Pfund.

Das gesamte Palästina-Budget (ohne Keren Kajemeth) war von der Exekutive zu rund 520 000 Pfund angesetzt worden. Seine wesentlichen Posten waren: 150 000 Pfund für Rückzahlung von Anleihen und Schulden, 95 000 Pfund für Landwirtschaft, 90 000 Pfund für Hadassah und 60 000 Pfund für Erziehungswesen. Dabei war zugrunde gelegt, daß die Keren-Hajessod-Eingänge aus Amerika in diesem Jahre geringer ausfallen würden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, und diese Ansicht ist z. B. von Twersky sehr deutlich und mit sehr guten Gründen ausgesprochen worden, daß dieses Budget hinter den elementarsten Bedürfnissen des Palästinawerkes zurückbleibt. In der Budgetkommission beantragte die bürgerliche Mehrheit, daß das AC. daher beschließen solle, die Verantwortung für dieses Budget nicht zu übernehmen, sondern sie auf die Exekutive abzuwälzen. Diese Resolution berührt außerordentlich sonderbar, weil sie eine Mischung zweier grundverschiedener Tendenzen enthält. Der Versuch, das Budgetrecht des A.C. auszuschalten und der Palästina-Exekutive diktatorische Vollmacht zu verleihen, kommt all den Tendenzen entgegen, die alles Heil, anstatt von der eigenen und freien Verantwortung, von dem in Europa heute in vielen Kreisen mit Sehnsucht erwarteten „starken Mann“ erhoffen. Anderseits bedeutet die Feststellung, daß man die Verantwortung für das zu kleine Budget nicht übernehmen wolle, ein starkes Abirren von dem Weg der Konsolidierungspolitik. Die Arbeiterparteien schlugen demgegenüber ein anderes Verfahren vor. Sie wollten die Ausgabeposten für die eigentlichen Kolonisationszwecke um rund 40 000 Pfund erhöhen, worunter sich ein Posten von 20 000 Pfund für die Landwirtschaft befindet, mit dem wenigstens das Minimalbudget der landwirtschaftlichen Abteilungen erreicht werden würde. Der Grundgedanke war dabei, daß man die Rückzahlungen auf Anleihen und Schulden der Palästina-Exekutive nicht unbedingt bereits im zweiten Konsolidierungsjahr beenden müsse, sondern auf drei Jahre erstrecken könne. Sie wollten also um rund 40 000 Pfund weniger für Rückzahlungen ansetzen. Nun müssen aber die einzelnen Posten, aus denen sich die oben genannte Summe zusammensetzt, zweifellos im Laufe des Jahres, je nachdem, wie sie fällig werden, zurückgezahlt werden. Aus diesem Grunde, und weil die Hoffnung besteht, daß die Eingänge aus Amerika doch größer sein werden, schlug die Linke vor, den Ausgabenetat um 40 00 Pfund über die geschätzten Einnahmen auszudehnen. Das würde, wenn wir von den amerikanischen zusätzlichen Eingängen absehen, darauf hinauslaufen, daß man zwar für 150 000 Pfund Rückzahlungen macht, aber am Ende des Jahres neue Verpflichtungen in Höhe von 40 000 Pfund eingeht, im ganzen also die Rückzahlungen um diesen Betrag kürzt, der erst im übernächsten Jahr ausgeglichen werden kann. Während nun die Linke in der Kommission in der Minorität geblieben war, fand ihr Plan im Plenum eine Mehrheit, und die Erhöhung des Budgets um

40 000 Pfund wurde angenommen. Die Exekutive hat dazu eine Erklärung abgegeben, nach der sie versuchen wolle, den Plan durchzuführen. Die Frage, wie weit sie nach dem formellen Beschluß des AC. dazu verpflichtet ist, wird wohl dessen nächste Sitzung noch beschäftigen.

II.

So wie die Frage des Budgets hat auch die Zusammensetzung der Exekutive innere Kämpfe hervorgerufen, nur daß diese von weitaus ernsterer Natur waren. Man muß hier berücksichtigen, daß die Exekutive von vornherein mit einem schweren Geburtsfehler behaftet war, denn sie ist als eine Minoritäts-Exekutive aus dem Kongreß hervorgegangen. Auf diesem hatte man die Linke zur Stimmenthaltung mit dem Argument bewogen, daß der Kongreß endlich zu einem Ende gebracht werden müsse. Ein solcher Appell an den Zionistischen Patriotismus wird sicher nie wirkungslos sein, aber man sieht nun deutlich, daß ein solches Argument wohl ein Provisorium, aber nicht eine grundsätzliche Differenz überbrücken kann. Es hat keinen Sinn, Krisen auf solche Weise zu verschleiern, sie müssen dann später mit verstärkter Macht wieder ausbrechen. Die Linke kam jedenfalls mit der ausgesprochenen Absicht auf die AC.-Sitzung, Sacher, den Vorsitzenden der Palästina-Exekutive, entweder zu stürzen, oder durch eine politische Demonstration zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich trotz der erwähnten Stimmenthaltung heute in einer scharfen Opposition befindet. Zweifellos hat die Linke hier einen politischen Fehler gemacht. Sie hätte in dem Augenblick, in dem Weizmann namens der Gesamtexekutive sich mit Sacher solidarisch erklärte, sich damit begnügen müssen, ihre Oppositionsstellung durch eine entsprechende Deklaration kundzutun. Sie tat mehr als das und veranlaßte Sacher und damit auch die gesamte Exekutive durch eine Mißtrauensdeklaration zum Rücktritt. Dadurch kam sie aber in eine peinliche Situation, weil sie selbst auf die Bildung einer linksorientierten Exekutive nicht vorbereitet war. Hierbei tat sich auch ein gewisser Zwiespalt zwischen den beiden Arbeiterparteien auf, insofern, als die Hitachduth auch in diesem Falle mit Rücksicht auf die Jewish-Agency-Erweiterung Weizmann nicht von seinem Posten verdrängen wollte, während die Poale Zion in der Tat einen Versuch machte, eine Exekutive zusammen mit ausgesprochenen Gegnern der Jewish Agency zu bilden. Derartige Differenzen zeigten sich übrigens auch am Schluß der Sitzung, als es sich darum handelte, ein bestimmtes erst kürzlich vom K.K.L. erworbenes Bodenstück entweder einer Siedlergruppe des Hapoel Hamisrachi oder einem zum Hapoel Hazair gehörenden Moschaw zu überweisen. Hier konnte der Misrachi nur deshalb eine Mehrheit für seine Ansiedlungskandidaten finden, weil die Poale Zion sich der Stimme enthielt. Derartige sonderbare Zwischenfälle deuten nicht gerade daraufhin, daß die politische Einigung der Arbeiterparteien nahe bevorstünde. Da nun aber die Bildung einer anderen Exekutive nicht gelang, wurde die vom XV. Kongreß gewählte aufs neue beauftragt. Sie wurde bei Stimmenthaltung der Linken mit den Stimmen der Mitte und des Misrachi gewählt. Der Misrachi hat damit also seine unter die gegen Sacher gerichtete Mißtrauensdeklaration gesetzte Unterschrift gewissermaßen zurückgezogen, und wenn die Linke nicht gleichfalls zu einem formellen Widerruf gezwungen wurde, so hat sie das nun ihrerseits wieder jenem Argument zu verdanken, da die AC.-Sitzung sich ihrem Ende zuneigte und es nicht statthaft schien, sie noch lange fortzusetzen. So besteht der absonderliche Zustand, daß Sacher zwar Mitglied der Exekutive ist, aber die Mißtrauensdeklaration der Linken besteht nach wie vor, und man kann jedenfalls nicht leugnen, daß diese, wenn sie ihn schon nicht gestürzt, so doch ihre oppositionelle Stellung recht unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat.

Die Gründe, die die scharfe Opposition gegen Sacher veranlassen, sind mannigfacher Art. Man muß zunächst feststellen, daß er sich persönlich wenig Freunde erworben hat. So hat sein Auftreten in jenem Prozeß, in dem er als Anwalt eines Klienten erklärte, daß das Mandat keine juristische Bedeutung besitze, seinem Ansehen schwer geschadet. Es mag formell einwandfrei sein, zwischen dem Vorsitzenden der Palästina-Exekutive und dem seinen Privatberuf ausübenden Advokaten zu unterscheiden, dem schlichten Menschenverstand will es nicht einleuchten, daß ein Zionist auf verantwortlichem Posten eine derartige Äußerung tun darf. Bedauerlicherweise muß man überhaupt feststellen, daß sämtliche AC.-Mitglieder aus Palästina, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, ausnahmslos gegen Sacher Stellung nehmen, sie waren in jenen Krisentagen im besten Falle bereit, sich der Stimme zu enthalten, andere, wie z. B. Supraski, der Vertreter des Mittelstandes, stimmten mit der Arbeiterschaft gegen ihn. Diese Unfähigkeit, einander zu verstehen, muß sehr tiefliegende Gründe haben, zumal der persönliche Eindruck ein durchaus günstiger ist. Die politischen Einwände, die gegen ihn besonders von der Arbeiterschaft gemacht werden, bestehen darin, daß man ihm einmal eine Reihe von Übereiltheiten vorwirft, so, wenn er z. B. die Sorge für die Arbeitslosen der Palästinaregierung überlassen wollte. Die Aufgabe der zionistischen Exekutive besteht zweifellos mehr darin, die autonomen Rechte und Freiheiten des jüdischen Jischuw zu schützen und zu mehren, nicht aber darin, sie an die Verwaltung abzutreten, die wie jede andere Bürokratie ständig der Versuchung ausgesetzt ist, ihre Rechte auf Kosten der Selbstverwaltungskörper auszudehnen. Natürlich führen solche Übereiltheiten auch dazu, daß Sacher nachträglich gezwungen wird, sich selbst zu rektifizieren. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird ihm vor allen Dingen vorgeworfen, daß er zu mechanisch vorgehe. Die Kürzung eines Budgets kann nicht so erfolgen, daß

man jeden Posten um den gleichen Prozentsatz herabsetzt. Das Budget ist das finanzielle Skelett des orgnisch in sich zusammenhängenden Palästinawerkes, und es ist zwar möglich es zu verkleinern, aber nur dann, wenn man es von Grund auf anders gestaltet. So ist es sinnlos, den Etat einer Abteilung der Exekutive so zu beschneiden, daß lediglich das Gehalt ihres Leiters übrig bleibt, der aus Mangel an Arbeitskräften und Mitteln nichts mehr tun kann. Man muß dann einzelne Posten des Budgets gänzlich auflösen und dafür andere auf einer gewissen Minimalgrenze erhalten. Dagegen muß festgestellt werden, daß der Grundsatz der Konsolidierung, dessen Exponent Sacher ist, sich durchgesetzt hat und selbst bis in die Kreise der Poale Zion hinein auf keine ernste Gegnerschaft mehr stößt. Gerade das wird man als einen wesentlichen Fortschritt in den wirtschaftlichen Beratungen des AC. ansehen können.

Die Zweite Internationale und Palästina

Brüssel, 7. August. (JTA.) Auf dem gegenwärtig in Brüssel tagenden Kongreß der Zweiten Internationale der Arbeiterschaft kam es bei der Beratung des auf Anregung von Emile Vandervelde und den Poale Zion gestellten Antrages auf Errichtung einer speziellen Palästinakommission der Arbeiter-Internationale zu einem erregten Meinungsaustausch zwischen den prominentesten Führern der Arbeiterschaft.

Gegen die Errichtung der Palästina-Kommission wandten sich besonders sozialistische Führer, die jüdischer Abstammung sind. Der Führer der österreichischen Arbeiterschaft und Mitglied des Präsidiums der Internationale, Dr. Friedrich Adler, griff sehr heftig die Führer der Poale Zion an und erhob gegen sie den Vorwurf, daß sie — indem sie sich bemühen, das palästinische Problem dem Kreis der Probleme der Arbeiter-Internationale anzugliedern — die internationale Arbeiterbewegung hemmen und ein Chaos in die Bewegung der jüdischen Arbeiterschaft bringen. Der bekannte österreichische sozialistische Theoretiker Otto Bauer und der Führer der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Menschewiki), Abramowitsch, unterstützten Adlers Opposition gegen die Einsetzung einer Palästina-Kommission.

Der Führer der britischen Arbeiterschaft und frühere Minister Henderson setzte sich mit großer Wärme für eine spezielle Palästinaarbeit der Zweiten Internationale zwecks Förderung der Aufbauarbeit der jüdischen Arbeiterschaft ein und wies die Kritik von Adler, Bauer und Abramowitsch zurück. Er drohte mit der Niederlegung der Präsidentschaft der Internationale, wenn die Palästinaarbeit aus dem Programm der Internationale ausgeschaltet werden bzw. eine solche Arbeit einem Sozialisten verwehrt sein sollte.

Schließlich einigte man sich dahin, die Erörterung der Palästinafrage vorläufig zu vertagen, bis die für Donnerstag, den 9. August, angesetzte spezielle Palästinakonferenz der Führer der Internationale stattgefunden haben wird.

Diese Palästina-Sonderkonferenz, der etwa 100 Führer der Zweiten Internationale beiwohnen werden, soll bekanntlich über Mittel und Wege beraten, wie das jüdische Arbeiterwerk in Palästina an Ort und Stelle, und wie die Idee des jüdischen Nationalheims auf internationalem Boden zu fördern sei.

Die Sitzung der Internationale beschäftigte sich u. a. auch noch mit den Problemen des polnischen und des jüdischen Sozialismus in Polen. Der Führer der jüdischen sozialistischen Partei „Bund", Dr. Kruk, führte Klage gegen die Führer der polnischen Sozialisten, die es zulassen, daß der Antisemitismus unter der polnischen Arbeiterschaft und sogar unter der Führerschaft überhandnehme. Als Beispiel führte er die 1.-Mai-Konflikte der letzten Jahre an, wo die polnischen Sozialisten sich weigerten, zusammen mit den jüdischen Arbeitern zu demonstrieren und diese jüdische Arbeiterschaft ihrem Schicksal überließen, als sie einerseits von der Polizei, anderseits von den Kommunisten angegriffen und brutal mißhandelt wurde.

Der polnische Sozialist Niedzialkowski erwiderte auf die Anklagen von Dr. Kruk und beteuerte, daß die Führer der polnischen Sozialisten die Schaffung engerer Beziehungen zum „Bund" erstreben.

Der Kongreß der Internationale nahm schließlich die von Dr. Kruk unterbreitete Resolution an, wonach in Polen eine einheitliche sozialistische Partei, die die Arbeiterschaft aller in diesem Lande wohnenden Nationen einschließt, also eine Einheit des arbeitenden Polen, zu schaffen sei.

Der Vizepräsident der Mandatskommission über das Palästinamandat

Genf, 31. Juli. (JTA.) Soeben ist der zweite Teil des vom Vizepräsidenten der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes, D. F. W. Van Rees, verfaßten Werkes über die internationalen Mandate erschienen. Ein besonderes Kapitel ist Palästina gewidmet. In demselben weist der Verfasser darauf hin, daß die Balfour-Deklaration die Mandatarmacht Palästinas verpflichtet, in Palästina ein anderes Verwaltungssystem als in den übrigen früher türkischen Territorien zur Geltung zu bringen. In Palästina gilt es nicht allein, die Interessen der arabischen Bevölkerung, sondern auch die des jüdischen Volkes wahrzunehmen, welches im Sinne der Balfour-Deklaration einen Teil der Bevölkerung Palästinas bildet. Dieser Dualismus hat seine Schwierigkeiten. Beim Ausarbeiten der Mandatsbestimmungen hielt man es deswegen für notwendig, der Mandatarmacht volle Rechte der Gesetzgebung und Verwaltung (full powers of legislation and of administration) zu geben, obwohl laut Absatz 4 des Artikels 22 des Völkerbundsstatuts eine Mandatarmacht nur die Funktionen des Ratgebers und Förderers auszuüben hat.

Der Verfasser weist auf Grund von autoritativen Interpretierungen des Mandates nach, daß zwischen dem Palästina-Mandat und dem Völkerbundsstatut dennoch kein Widerspruch besteht. Er zitiert die auf den Aufbau des Jüdischen Nationalheims Bezug habenden Bestimmungen und meint, sowohl die Administration wie auch das jüdische Volk müßten viel Klugheit, Takt und Billigkeitsgefühl bei der Verwirklichung des Jüdischen Nationalheims in einem heute überwiegend arabischen Lande an den Tag legen. Der Verfasser schließt: „Wenn auch anfangs mancherlei Reibungen bestanden, so ist es dank dem Takt und der Voraussicht der Administration sowie der friedfertigen Haltung und bewundernswerten Aufopferung der Juden möglich geworden, eine Aktivität zu entfalten, die die friedliche und endgültige Lösung eines großen politischen und sozialen Problems, des jüdischen Aufbaus in Palästina vorbereitet, eines Unternehmens, dessen Wichtigkeit von niemandem, der das Werk in Palästina kennt, unterschätzt werden wird.“

Palästina-Jugendfahrt 1928

Das Programm der Jugendfahrt in Palästina ist nunmehr festgelegt. Bei einem insgesamt zweiwöchigem Aufenthalt lautet es folgendermaßen:

Donnerstag, 4. Oktober: Ankunft in Jaffa, Ausbootung, Weg nach Tel-Awiw, Begrüßung, Freier Aufenthalt in Tel-Awiw.

Freitag, 5. Oktober: Fahrt per Autobus nach Ben Schemen, Besichtigung Ben Schemens, von dort Weiterfahrt über Dilb, Mozah nach Jerusalem. Erste Besichtigung Jerusalems, abends Klagemauer.

Sonnabend, 6. Oktober: Besichtigung der Altstadt Jerusalems, soweit es der Sabbat erlaubt.

Sonntag, 7. Oktober: Simchat-Thora-Feier, restliche Besichtigung Jerusalems, soweit es der Feiertag erlaubt.

Montag, 8. Oktober: Autofahrt über Jericho ans Tote Meer und zurück. Nachmittags letzte Besichtigung Jerusalems.

Dienstag, 9. Oktober: Autobusfahrt über Sichem, Sebastije nach Afule. Nach dem Mittagessen dort Weiterfahrt nach Balfouriah, Merchavia, und Kwuzath Zrifim. Dort Aufenthalt bis zum Abend, Rückweg nach Afule.

Mittwoch, 10. Oktober: Von Afule nach Ain Cahrod, Aufenthalt dort bis zum Mittagessen, Weiterfahrt nach Daganiah, dort Aufenthalt bis zum Abend, am Tiberias-See entlang nach Tiberias.

Donnerstag, 11. Oktober: Besichtigung von Tiberias, Fahrt im Autobus über Saffed, Auco nach Haifa.

Freitag, 12. Oktober: Karmel-Wanderung (Fakultativ).

Sonnabend, 13. Oktober: Rabbat-Ruhetag, abends Turnfest.

Sonntag, 14. Oktober: Fahrt nach Nahalal, Mittagessen dort, Rückfahrt nach Haifa, Besichtigung der industriellen Anlagen, Technikum usw.

Montag, 15. Oktober: Eisenbahnfahrt Haifa—Petach—Tikvah, Besichtigung Petach—Tikvah, zu Fuß von Petach-Tikvah nach Tel-Awiw.

Dienstag, 16. Oktober: Mit der Eisenbahn nach Rechobot, Besichtigung Rechobots, von dort zu Fuß nach Rischon-Le-Zion, Besichtigung von Rischon-Le-Zion, von dort zu Fuß nach Tel-Awiw.

Mittwoch, 17. Oktober: Letzte Besichtigung Tel-Awiws, eventuell Ausflug nach Mikveh Israel, Abschiedsfeier in Mikveh Israel oder in Tel-Awiw.

Donnerstag, 18. Oktober: Einschiffung.

Im Rahmen dieses Programms sind Veranstaltungen der zionistischen Institutionen sowie der Arbeiter-Institutionen und Sportveranstaltungen vorgesehen. Die Zahl der Fußwanderungen ist außerordentlich beschränkt, zum Teil freiwillig.

Die Zahl der Teilnehmer bleibt endgültig auf 100 beschränkt, obwohl die Anmeldungen bereits sehr zahlreich sind. Anmeldeschluß ist, falls die Teilnehmerzahl nicht vorher erreicht wird, der 15. August 1928.

Aus der jüdischen Welt

Der Verfassungstag und die deutschen Juden

Breslau, 3. August. (JTA.) In der Breslauer „Jüdischen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Felix Heimann (Ratibor) einen Aufsatz „Für Frieden, Freiheit, Republik“, in welchem er mit Bezug auf den am 11. August zum neunten Male wiederkehrenden Tag der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung ausführt:

„Am Tage, an dem vor neun Jahren die Verfassung der Deutschen Republik unterzeichnet wurde, bekennt sich die jüdische Bevölkerung Deutschlands erneut und ohne Vorbehalt zu den Gedanken, die das große Werk von Weimar bestimmen, zum Frieden der Völker untereinander, zur Befriedung des deutschen Volkes, zur freiheitlichen Ausgestaltung des Reiches und der Länder, zu den in der Urkunde vom 11. August verbrieften Grund- und Freiheitsrechten und -pflichten aller Deutschen ohne Unterschied der religiösen, politischen, wirtschaftlichen Einstellung der Abstammung und des Standes — und fordert, daß die republikanischen Regierungen des Reiches und der Länder dafür sorgen, daß der Widerspruch, der zwischen den Worten der Ver-

fassung und den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland in Hinsicht auf die jüdische Bevölkerung in vielem noch besteht, sobald wie möglich, so restlos wie möglich beseitigt wird.

Deutschlands Juden werden, wie bisher, so auch in Zukunft in vollem Maße dem Staate geben, was des Staates ist, sie erheben aber die selbstverständliche Forderung, daß derselbe Staat sich für ihren Schutz, für ihre Ehre, für ihre politische, religiöse und wirtschaftliche Freiheit im Einklang mit der Reichsverfassung weit mehr einsetzt denn bisher. Und sie wünschen das nicht nur um ihretwillen. Das Ansehen ihres Vaterlandes, das Bestreben, ihm zu dienen, seine Achtung im Rate der Völker zu mehren, ist mitbestimmend für diese Forderung der deutschen Judenheit."

Der Weltverband für liberales Judentum Gast der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 26 Juli. (JTA.) Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat dem Weltverband für religiös-liberales Judentum eine Einladung zugehen lassen. Der Vorstand teilt mit, daß er beschlossen hat, am Sonnabend, dem 18. August, nach dem Festgottesdienst in der Synagoge Oranienburger Straße, für die Delegierten einen Empfang mit einem Frühstück zu veranstalten. Die Veranstaltung findet um 12.30 Uhr im Hotel „Der Kaiserhof" statt.

Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Gefährdetenfürsorge"

Berlin, 29. Juli. (JTA.) Zu einer zahlreich besuchten Sitzung waren die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Gefährdetenfürsorge" im Anschluß an die letzte Sitzung des Wohlfahrtsausschusses des Preußischen Landesverbandes zusammengekommen. Von dem Vorsitzenden, San.-Rat Dr. Seeligsohn wurde über den Stand der Erziehungsberatung für schwer erziehbare und psychopathische Kinder in den einzelnen jüdischen Gemeinden und über die weiteren Pläne zum Ausbau derselben berichtet. Eine rege Aussprache entspann sich über die Mitarbeit der jüdischen Wohlfahrtspflege bei der Sozialen Gerichtshilfe. Anzustreben ist, daß jüdische Fälle grundsätzlich den jüdischen Wohlfahrtsstellen sowohl zum Zwecke der Ermittlung als auch der Übernahme der Schutzaufsichten überwiesen werden. Mit besonderem Interesse wurde der Bericht des Hilfsvereins der deutschen Juden über die Überwachung der Auswanderung entgegengenommen. — Wie aus einem weiteren Bericht über den Stand der Zufluchts- und Bewahrungsheime hervorging, bestehen im Augenblick Zufluchtsheime bzw. Einzelzimmer für vorübergehende Aufnahme von Frauen und Mädchen in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig, Ludwigshafen, München, Neustadt a d. H. Die Schaffung von Zufluchtsheimen für männliche Jugendliche wird als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in Angriff genommen werden.

Der Reichsfinanzminister bewilligt eine Zollermäßigung für Palmen und Myrten für das Laubhüttenfest

Halberstadt, 29. Juli. (JTA.) Auf die gemeinsame Eingabe des Preußischen Landesver-

bandes gesetzestreuer Synagogen-Gemeinden, Halberstadt, und der Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums, Frankfurt a. M., hat der Reichsfinanzminister wie in den letzten Jahren eine Zollermäßigung eintreten lassen. Die Landesfinanzämter sind dahingehend von ihm ermächtigt worden, und die Zollbehörden erhalten Kenntnis von dem Wunsche, zur Vermeidung von Beschädigungen die in Rohrkörben verpackten Palmzweige möglichst nicht auspacken zu lassen.

Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten gründet eine Siedlungs-Gesellschaft m. b. H.

Berlin, 5. August. (JTA.) In der Sitzung eines engeren Gremiums des Siedlungsausschusses des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten vom 24. Juli 1928 wurde nach eingehender Aussprache über die konkretere Ausgestaltung der Siedlungsaktion die Gründung einer Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. beschlossen. Als Gründungskapital wurde der gesetzlich zulässige Mindestbetrag von RM. 20 000.— festgesetzt, der vorhanden ist. Zu Geschäftsführern wurden Rittergutsbesitzer Rud. S. Mosse (Stangenhagen) und Güterdirektor S. Dyk (Berlin) bestellt; die Bestellung eines Aufsichtsrates ist vorgesehen, zu dem die Wahlen später erfolgen. Die Geschäftsführer erklären, schon in den allernächsten Wochen ein praktisches Projekt zum Erwerb eines Siedlungsgutes vorlegen zu können. — Der Gründungsakt der Gesellschaft wird allerschnellstens erfolgen.

Außerdem soll ein besonderer Propagandaverein gegründet werden, dem, unter Führung des R. J. F., möglichst alle deutschen Juden angehören. Aufgabe dieses Vereins wird es sein, für weiteste Verbreitung der Idee und die Beschaffung der materiellen Mittel in allen Kreisen des deutschen Judentums zu sorgen.

Jüdischen Kurgästen wird die Waldluft vorenthalten

Wien, 2. August. (JTA.) Die Verwaltung der Stiftswälder um die Stadt Krems an der Donau hat den jüdischen Kurgästen der benachbarten Sommerfrischen das Betreten der Wälder untersagt. Die christlichen Sommerfrischler erhielten

Erlaubnisscheine zum Betreten der Nadelwälder, die die folgende Schlußklausel enthalten: „Juden erhalten keine Kassierscheine." Ein großer Teil der jüdischen Sommergäste verließ deswegen die Sommerfrischen um Krems. Einzelne christliche Sommerfrischler haben als Protest gegen die antisemitische Kontrolle der Natur ebenfalls der Gegend den Rücken gekehrt.

„Laßt den Judenjungen ertrinken!"

Wien, 3. August. (JTA.) Budapester Zeitungen, stelte sich heraus, daß der Ertrunkene der antisemitischen Hetze und bekräftigen diese Warnung durch die Mitteilung des nachstehenden Falles eines — wie sie schreiben — „bestialischen Antisemitismus": Mit den Worten „Laßt den Judenjungen ertrinken!" lehnte eine Schwimmergruppe am Donauufer in der Nähe von Waitzen die Rettung eines in Ertrinkungsgefahr geratenen Knaben ab, weil zufällig ein vorübergehender Jude sie auf den Ertrinkenden aufmerksam gemacht hatte. Als Polizisten später den Knaben schon als Leiche aus den Fluten der Donau zogen, stellte sich heraus, daß der Ertrunkene der 14jährige Sohn einer christlichen Arbeiterin aus Waitzen sei. Die Bevölkerung von Waitzen äußert ihre Empörung über die seelische Roheit der christlichen Schwimmsportler.

Der Prager alt-jüdische Friedhof bleibt erhalten

Prag, 5. August. (JTA.) Die durch das tschechoslowakische Pressebüro vor kurzem verbreitete Nachricht, daß der weltberühmte Prager alt-jüdische Friedhof in Verbindung mit dem Assanierungswerk der Stadt Prag verschwinden muß, da die Denkmalskommission ihn nicht in den Denkmalsschutz mit einbezogen hatte, entspricht nicht den Tatsachen. Die Stadtregulierungskommission hat in dem der Öffentlichkeit übergebenen Dekret einen Auslassungsfehler begangen, der, wie verlautet, inzwischen gut gemacht wurde. Der Friedhof steht danach unter Denkmalsschutz und wird erhalten bleiben.

Katastrophale Überschwemmungen in Bir-Bidschan

Moskau, 1. August. (JTA.) In den letzten Tagen litt das gesamte Amur-Gebiet an katastrophalen Überschwemmungen, von denen auch der jüdische Rayon Bir-Bidschan nicht verschont geblieben ist. Am 30. Juli war Michenkoje zum Teil überschwemmt. Die Kommission für jüdische Kolonisation „Komzet" sandte telegraphisch 80 000 Rubel zur Unterstützung der infolge der Überschwemmungen notleidend gewordenen jüdischen Pioniere, deren Heufelder, in denen das Heu schon geschnitten dalag, vollkommen überschwemmt sind. Auch die Baracken der jüdischen Pioniere stehen unter Wasser. Die übrigen Felder der jüdischen Pioniere sollen zur Zeit noch nicht bedroht sein.

200 jüdische Siedlungspioniere in Bir-Bidschan durch Hochwasser von der Welt abgeschnitten

Moskau, 5. August. (JTA.) Die Überschwemmungskatastrophe im Amur-Gebiet nimmt immer bedrohlichere Formen an. Der Amur hat einen Wasserstand von 860 cm über normal erreicht. Wie der Ozet-Vertreter Baskin telegraphiert, sind 200 jüdische Siedlungspioniere, die in der jüdischen Reisplantage in Jekaterina-Nikolsk untergebracht sind, ganz und gar von jedem Verkehr mit der Welt abgeschnitten, doch seien sie hinreichend mit Nahrungsmitteln versorgt. Die Flüsse Bir und Bidschan, die ebenfalls über die Ufer getreten sind, haben etwa 27 nichtjüdische Dörfer weggeschwemmt. Die Bevölkerung leidet schwere Hungersnot, den Schiffen, die Nahrungsmittel bringen sollten, fehlt es an Kohle und Brennholz. Ein genaues Bild über wirkliche Lage der jüdischen Siedler ist nicht zu erhalten, da die Telegraphenlinie nach Chabarowsk überlastet ist.

Antisemitismus und kein Ende in Rußland

Moskau, 30. Juli. (JTA.) Die Moskauer Zeitungen fahren fort, ihre Spalten mit Berichten über den in Sowjetrußland überhandnehmenden Antisemitismus zu füllen und die zuständigen Organe zum Einschreiten gegen die schließlich auch den Sowjetstaat vergiftende Seuche aufzufordern. Folgende von den Zeitungen mitgeteilte Tatsachen illustrieren die Lage:

In einer Sitzung der kommunistischen Parteikomitees von Dnjepro-Petrowsk, teilte der jüdische Studierende des dortigen Technikums, Schkliar mit: „Ich bin an Verfolgungen gewöhnt, aber diese haben einen Grad erreicht, daß sie nicht mehr zu ertragen sind. Ich sehe mich gezwungen, aus der kommunistischen Partei auszutreten und bin dafür, daß alle Juden diese Partei verlassen. Ein Jude darf nicht Kommunist sein, sofern ihm das Leben etwas bedeutet. Schkliar teilte mehr zahlreiche Fälle furchtbarer Mißhandlung und Peinigung kommunistischer jüdischer Studenten mit.

Der 14jährige jüdische Schüler Grischa Wiwe in Kasan wurde von seinen Mitschülern auf eine Wiese außerhalb der Stadt gelockt und dort stundenlang geprügelt. Er erlitt infolge der Mißhand-

lungen einen Blutsturz und war mehrere Tage bewußtlos. Die Eltern des Schülers wagten nicht, den Fall zur Anzeige zu bringen, weil ihnen die Nachbarn in einem solchen Falle mit Totschlag drohten.

Die Moskauer Zeitung „Komsomolskaja Prawda" berichtet, wie in Rostow die Kommunisten Cholin, Kriwzow und Klotschai ihren jüdischen Parteigenossen Abrascha Ilstein, mit dem sie in einem nahen Kurort eine Wohnung teilen mußten, solange durch antisemitisch betonten Spott und körperliche Mißhandlung quälten, bis er in eine schwere Hysterie verfiel.

In mehreren Städten der Provinz mußten altbewährte jüdische Parteigenossen die kommunistischen Klubs verlassen, weil ihnen die Antisemiten dort das Leben schwer machen.

In der letzten Zeit ist es oft vorgekommen, daß in Sowjetfabriken jüdische Angestellte von ihren nichtjüdischen Arbeitskollegen durch fortwährende antisemitische Schikanen gezwungen wurden, ihre Stelle aufzugeben.

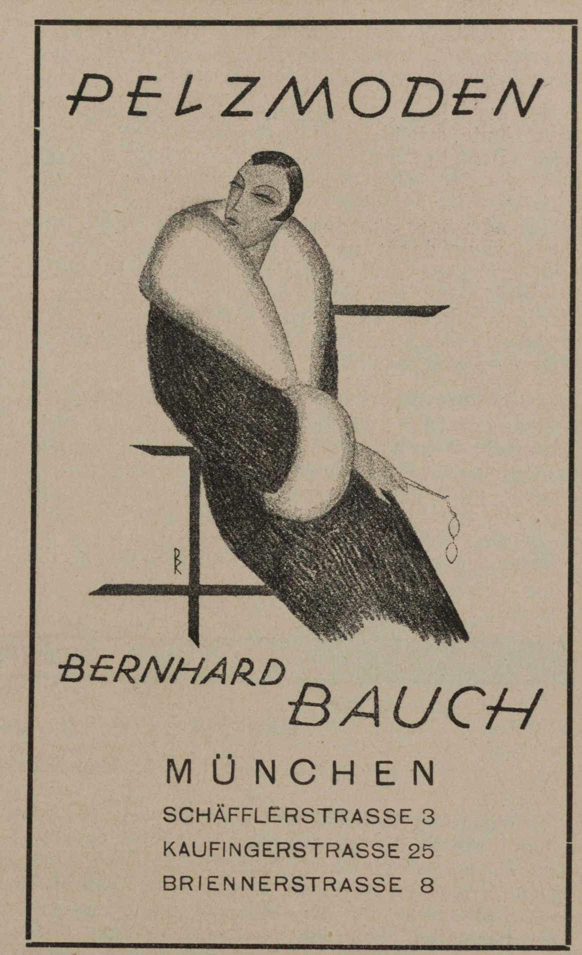
Dies nur eine ganz kleine Auslese aus den von der Presse mitgeteilten Tatsachen des russischen Antisemitismus.

Der hebräische Kulturkongreß in Venedig

Venedig, 1. August. (JTA.) Einen äußerst eindrucksvollen Verlauf nahm hier der hebräische Kulturkongreß der italienischen Judenheit, der bei Anwesenheit der Oberrabbiner fast aller italienischen Gemeinden, der Vertreter des italienischen Gemeindeverbandes und unter großer Beteiligung aller an der Wiederbelebung der hebräischen Sprache interessierten Kreise stattfand. Auf dem Kongreß wurde eine große Zahl von Referaten gehalten, die sich mit hebräischer Kindererziehung, neuen Lehrmethoden der hebräischen Sprache, alter und moderner hebräischer Literatur, dem Einfluß, den die zionistische Bewegung auf die Renaissance des Hebräischen ausgeübt hat, beschäftigten. Die Tagung wählte am Schluß ein Präsidium für die hebräische Kulturföderation, das sich aus den Herren Dr. Dante Lattes, Dr. Donati und Bachi zusammensetzt. Mit dem Absingen der Hatikwah-Hymne wurde der Kongreß, an dem auch eine große Anzahl von Vertretern zionistischer Jugendgruppen teilgenommen hatten, geschlossen.

Dr. Rubinow Kontrolleur der amerikanischen zionistischen Administration

Neuyork, 5. August. (JTA.) Dr. Isaac Max Rubinow, der bekannte Statistiker und frühere Direktor der American Zionist Medical Unit in Palästina, hat das ihm angebotene Amt eines Direktors der Exekutive der Zionistischen Organisation Amerikas und des United Palestine Appeal angenommen. Dieser Posten ist zum Zwecke der Durchführung einer genauen Kontrolle in der Verwaltung der Zionistischen Organisation Amerikas im Hinblick auf die seitens der Opposition gegen die offizielle Administration erhobenen Beschuldigungen unrichtiger Geschäftsgebarung geschaffen worden. Dr. Max Rubinow gilt als eine Autorität in wirtschaftlichen



Angelegenheiten. Er arbeitete eine Zeitlang im Statistischen Büro des Landwirtschafts-Departements der Vereinigten Staaten und wirkte als Revisor in der staatlichen Zivildienst-Kommission. Er war auch Chefstatistiker der Ocean Accident and Guarantee Corporation und Direktor des Büros für Sozialstatistik der Stadt Neuyork. Er schrieb viel beachtete Abhandlungen über die Wirtschaftslage der Juden in Rußland, über Arbeiter-Versicherung in verschiedenen Ländern u. v. a.

Lord Plumers Abschied von Palästina

Jerusalem, 1. August. (JTA.) Der Oberkommissar von Palästina, Feldmarschall Lord Plumer, der im Herbst dieses Jahres offiziell aus seinem Amte scheidet, hat am 31. Juli seinen Urlaub angetreten. Er verließ Jerusalem mittels Sonderzug und reist über Ägypten nach England. Er wird als Oberkommissar nach Palästina nicht mehr zurückkehren. Im November d. J. trifft der neu ernannte Oberkommissar für Palästina, Sir John Robert Chancellor, zur Übernahme seines Amtes in Jerusalem ein. Bis dahin wird der neuernannte Chefsekretär der Palästinaregierung, Luke, die Geschäfte des Oberkommissars führen.

Bei der Abreise Lord Plumers fanden sich die Regierungsbeamten, die Konsuln der fremden Mächte, die Oberhäupter aller religiösen Gemeinden und zahlreiche Notabeln des Landes am Bahnhof ein, um vom scheidenden greisen Oberkom-

missar Abschied zu nehmen. Es fand eine Polizeiparade statt. Unter den Klängen der britischen Nationalhymne fuhr der Zug ab.

Jerusalem, 2. August. (JTA.) Der aus seinem Amte scheidende Oberkommissar von Palästina, Feldmarschall Lord Plumer, erließ vor seiner Abreise eine Abschiedskundgebung an die Bevölkerung Palästinas, in der er ihr für die ihm während seiner Amtsperiode geleistete loyale Unterstützung dankt und versichert, Lady Plumer und er hätten drei glückliche Jahre in Palästina verbracht, an die sie stets mit Freude zurückdenken werden; sie werden an dem Wohle des Landes und seiner Bevölkerung stets das tiefste Interesse nehmen.

Arbeitersport in Palästina erfolgreich

Jerusalem, 27. Juli. (JTA.) Der Sportverein „Hapoel“ (Der Arbeiter), der erst vor kurzem den palästinischen Fußballpokal errungen hatte, errang soeben auch den Melchett-Fußball-Pokal, der alljährlich von Lord Melchett für die beste Fußballteam gestiftet wird.

Eine ausgewählte palästinische Fußballteam, die von Lord Melchett begründet und gefördert wird, begibt sich im Oktober nach England, um gegen einige der besten englischen Team zu spielen. Es werden etwa 20 Fußballer sein, die die palästinische Landestracht tragen und ein palästinisches Banner mit sich führen werden.

Leichtes Erdbeben in Palästina — Kein Schaden

Jerusalem, 5. August. (JTA.) Am Sonntag morgen 5.45 Uhr wurde in Jerusalem ein leichtes Erdbeben verspürt. Es entstand keinerlei Schaden, die Bevölkerung ist ruhig.

Feuilleton

Ein Mensch ist verloren gegangen

Von Schalom Asch

In einem der Kaffeehäuser von Neuyork, in welchem radikale Kreise verkehren, konnte man jeden Abend am gleichen Platze an einem verlassenen Tischchen in einem Winkel einen einsamen Gast sitzen sehen, der seine Zigarette rauchte. Man hätte ihn eigentlich bemerken müssen, doch niemand bemerkte ihn. Alle wußten, daß in diesem Winkel Finkelstein saß. Er wäre eher bemerkt worden, wäre er nicht dort gesessen, denn Finkelstein paßte ausgezeichnet in diesen Winkel. Die dunkle unbestimmbare Farbe seines Anzugs glich den Tapeten an den Kaffeehauswänden, die undeutlich und verraucht waren. Das Licht, welches von den Wänden strahlte, löschte Finkelsteins Farbe, und es wäre gar nicht zu merken gewesen, daß jemand in dem Winkel saß, hätte es nicht die hohe blinkende Stirn verraten, welche aus dem Anzug hervorlugte — und Finkelsteins Pelz.

Finkelstein besaß etwas, was ihn über die Alltäglichkeit hinaushob, und ihm besonderen Nimbus verlieh. Das war sein Pelz. Der Pelz war in der alten Heimat angefertigt, offenbar von dort nach Amerika gebracht. Er hatte einen breiten stichelhaarigen Kragen, desgleichen in Amerika nicht zu sehen ist und über den im Kaffeehaus eine ständige Diskussion geführt wurde: einige sagten, ein solcher Pelz sei in Amerika überhaupt nicht zu bekommen, und der Kragen sei heute ein Vermögen wert; andere behaupteten, in Amerika trügen Farmer solche Pelze mit dem Futter nach außen.

Doch was das für eine Pelzsorte war, darüber konnten sich sogar Sachverständige nicht einigen; einige behaupteten, es sei russischer Biber, andere rieten auf persisches Lammfell.

Und so oft der Winter kam und Finkelstein im Pelz erschien, rief sein Eintritt im Kaffeehaus eine gewisse Bewegung hervor. Leute blickten nach dem Tischchen, an dem Finkelstein saß, und fragten einander: Wer sitzt dort? Das ist doch Finkelstein. — Ach — dann war Finkelstein wieder vergessen.

Manchmal ging das Interesse so weit, daß ein Neugieriger auf Finkelstein zutrat, seinen Pelz mit dem merkwürdigen Kragen musterte und die Qualität befühlte. Dann sagte Finkelstein lächelnd, indem er mit zwei Fingern sein kleines schwarzes Schnurrbärtchen in Ordnung brachte: Das ist heimatliche Ware.

Finkelstein stammte aus Galizien, und in sein Jüdisch waren stets ein paar deutsche Worte untermischt.

Und las wollte Finkelstein durch seinen Pelz mehr Aufmerksamkeit auf sich lenken, trug er ihn, solange es nur ging. Wenn der Oktober kam, mochte es nun kalt sein oder nicht, so trug Finkelstein bereits den Pelz und trug ihn bis weit in das Frühjahr hinein. Gerade deshalb aber war man gewöhnt an Finkelsteins Pelz, daß das graue Haar des Kragens und die unbestimmte dunkle Farbe des Überzuges sich mit der Farbe der Kaffeehauswände vermengten und — niemand mehr bemerkte, daß in diesem Winkel des Kaffeehauses Finkelstein saß. Es wäre aber bemerkt worden, wäre er nicht dort gesessen, denn dann wäre eine Lücke zwischen der Wand und dem Tischchen im Winkel gewesen.

Niemand wußte eigentlich, womit sich Finkelstein beschäftigte, ob er verheiratet war, wo er

wohnte — nicht deshalb, weil ihn niemand gekannt hätte; alle kannten Finkelstein. Finkelstein war ein guter Bekannter. Alle kannten ihn, er war ihr „Bekannter“; doch es fiel niemanden ein, sich für ihn zu interessieren. Finkelstein war eben Finkelstein. Er kam abends ins Kaffeehaus, ging langsam in seinen Winkel, setzte sich hin und zündete seine Zigarette an. Manchmal erinnerte sich der Kellner, Mr. Hartmann, seiner, trat an seinen Tisch und reichte ihm gewohnheitsmäßig die Karte, obwohl er wußte, daß Finkelstein niemals die Karte benützte. Gewohnheitsmäßig nahm Finkelstein die Karte, warf einen Blick hinein und schob sie wieder weg. Noch ehe er den Blick in die Karte geworfen und sie weggeschoben hatte, sprach schon Mr. Hartmann, der Kellner, wie zu sich selbst: Einen Schwarzen und ein Sandwich.

Einen Schwarzen und ein Sandwich — sagte ihm Finkelstein nach. Manchmal sagte der Kellner gar nichts, sondern nickte Finkelstein , mit dem Kopf zu; dann antwortete Finkelstein mit einem Kopfnicken, und der Kellner brachte ihm eine Tasse schwarzen Kaffee und ein Sandwich.

Doch das geschah nur, wenn der Kellner ihn bemerkte. Oft aber vergingen Stunden, ohne daß ihn der Kellner bemerkt hätte und auf ihn zugegangen wäre. Denn Finkelstein gehörte zu den Menschen, die man nicht bemerkte. — — —

So saß er stundenlang, die Zigarette im Mund und dachte nach. Gewöhnlich saß er die ersten Stunden in Nachdenken versunken allein an seinem Tisch, später am Abend aber, wenn das Kaffeehaus voll wurde, setzte der Kellner verschiedene Gäste, Bekannte und Fremde, an Finkelsteins Tisch. Rings um ihn plauderten Menschen, lachten, diskutierten. Finkelstein saß dabei und hörte kaum zu, als säße er nicht im Kaffeehaus, sondern weit, weit entfernt. Seine Hände lagen übereinander. Seine Augen, die immer kleiner wurden und sich hinter den Lidern versteckten, blickten in weite Ferne. Seine Stirn runzelte und glättete sich, runzelte sich wieder und glättete sich. Manchmal trat auf seine Lippen ein Lächeln, ein Lächeln, das sozusagen nach innen ging. Dann leuchteten seine kleinen schwarzen Augen auf, blitzten lebhaft und er fuhr mit einer raschen Handbewegung nach seinem Schnurrbart. Indem so seine Hand nach dem Schnurrbart fuhr, glaubte er, er habe einen Nachbarn unversehens berührt und sagte lächelnd: Verzeihung. Dann sah ihn der Nachbar erstaunt an.

Hier und da aber lag auch bittere Traurigkeit auf Finkelsteins Gesicht. Dann hing sein kleiner schwarzer Schnurrbart melancholisch herab und fiel geradezu über die Lippen; seine Augen wurden noch kleiner als sonst, versteckten sich noch tiefer hinter den Lidern und blickten schwach und trüb. Sein Gesicht hatte dann einen Ausdruck so tiefen Mitleids mit sich selbst und drückte so viel Resignation aus, daß man, wenn man ihn ansah, meinen konnte, die Welt ginge unter und alles sei zu Ende. Diese Ausdrücke der Freude und der Trauer erschienen jedoch auf seinem Gesichte nur einen Moment lang, zumeist hatte es die Hülle tiefen Nachdenkens. Es lag darauf nicht das Nachdenken über ein schweres Problem, das zu lösen ist, auch nicht die Nachdenklichkeit der Sorge, sondern das Nachdenken des Träumers. Wenn man ihn so am Tischchen sitzen sah, umgeben von fröhlich plaudernden Menschen, so wußte man: dieser Mann war nicht hier am Tischchen, nicht hier im Kaffeehaus im Osten Neuyorks, sondern irgendwo in weiter Ferne, in Gegenden und Zonen, die nur er allein kannte.

Manchmal kam es vor, daß ein „Bekannter“, der sich an Finkelsteins Tisch verirrte, ihn fragte: Mr. Finkelstein, woran denken Sie den ganzen Abend im Kaffeehaus.

Finkelstein fuhr bei dieser Frage wie aus einem Traum empor, sah den Bekannten erstaunt an, lächelte in sein schwarzes Schnurrbärtchen hinein und anwortete dann unsicher: Ach, man sitzt so, und da denkt man eben nach.

Doch die Bemühungen des Bekannten, Finkelstein in ein Gespräch zu verwickeln, scheiterten. Finkelstein kehrt sofort wieder in seine Welt zurück, aus der ihn der Bekannte für einen Augenblick gerissen hatte. So saß er wieder allein, in sich versunken, bis die letzten Gäste das Kaffeehaus verließen. Dann trat Mr. Hartmann, der Kellner, an sein Tischchen, räumte den Aschenbecher und das Salzfaß ab und sagte, an seinen Worten würgend: Gute Nacht, Mr. Finkelstein.

Finkelstein erhob sich, zog seinen Pelz an und ging, indem er den letzten Stammgästen, welche noch bei einem Tisch zusammensaßen, „Gute Nacht“ sagte. Die Gäste waren, da sie solange im Kaffeehaus saßen wie er, seine „Bekannten“.

Manchmal bemerkte einer dieser „Bekannten“, daß Finkelstein ging, und beantwortete seinen Gruß mit einem Kopfnicken, doch meistens geschah das nicht, denn Finkelstein war einer von den Menschen, die man nicht bemerkt. — — —

Eines Tages war Finkelstein verschwunden. Zuerst bemerkte man es gar nicht, da ja Finkelstein überhaupt nicht bemerkt wurde. Als aber ein paar Abende vergingen und Finkelstein im Kaffeehaus nicht gesehen wurde, begann man sein Fehlen zu bemerken. Als erster machte Mr. Hartmann, der Kellner, auf das Verschwinden des Mr. Finkelstein aufmerksam: Der Mann ist wahrscheinlich krank.

Man müßte eigentlich zu ihm gehen und nach ihm sehen — sagte einer von Finkelsteins Bekannten.

Er hat wahrscheinlich niemanden, der ihm ein Glas Wasser reichen könnte, fügte ein anderer hinzu.

So ein Mensch kann dahingehen, ohne daß eine lebende Seele dabei ist, sagte der Doktor, der am Tische saß, und streifte die Asche seiner Zigarre ab.

Mitten in dem Gespräch über Finkelstein brachte jemand eine Zeitung mit einer sensationellen Nachricht über Deutschland. Und da die meisten Besucher des Kaffeehauses aus Österreich stammten, waren alle an der Nachricht über Deutschland lebhaft interessiert, und das Gespräch ging bald auf das politische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich über. Finkelstein wurde vergessen.

Als ein paar Wochen vergangen waren, ohne daß Finkelstein aufgetaucht wäre, erinnerte man sich seiner wieder.

Wo ist der Mann hingekommen, der immer an dem Tischchen dort saß?

Der, welcher den Pelz mit dem eigenartigen Kragen trug?

Ja, der, wohin kann er gekommen sein?

Wahrscheinlich ist er krank geworden.

Er ist gewiß in seine Heimat zurückgefahren.

Vielleicht ist er am Ende gestorben? rief ein anderer.

Vielleicht ist er gestorben — sagte der Doktor und streifte die Asche seiner Zigarre ab...

Eine sonderbare Sache bemerkte jemand nach einer kurzen Pause des Schweigens. — Habt ihr

gesehen, wie der Mann immer in Gedanken da saß? Woran konnte er die langen Abende hindurch, wie er an seinem Tische saß, denken?

Er muß ein interessanter Mensch gewesen sein.

Sein Schweigen deutete auf Tiefe.

Jedenfalls muß er ein geheimnisvoller Mensch gewesen sein; irgendein Geheimnis war um den Mann.

Wieso ein Geheimnis? — Einige wurden neugierig.

Haben Sie seinen Pelz bemerkt?

Was war an seinem Pelz Besonderes?

Sein Pelz verriet irgend etwas Verborgenes.

Er mußte aus sehr reichem Hause sein!

Sicher aus einer Millionärs-Familie. So einen Pelz tragen drüben nur Millionäre.

Der Mann muß eine interessante Vergangenheit gehabt haben.

Er muß einer der interessantesten Menschen gewesen sein, die je in dieses Kaffeehaus kamen. Ich bedauere sehr, daß ich ihn nicht näher kennen gelernt habe.

So wurde Finkelstein, über den nie ein übriges Wort gesprochen worden war, mit einem Male nach seinem Verschwinden der Held des Kaffeehauses...

Das ging so kurze Zeit, bis eine neue Sensation kam und Finkelstein wieder vergessen wurde. Sein Name wird nicht mehr genannt, und wenn ein Blick das Tischchen im Winkel trifft, an dem er saß, bemerkt niemand mehr, daß etwas fehlt. Nur wenn irgend einmal am alten Stammtisch die Rede auf Pelzwerk kommt, taucht Finkelsteins Pelz in der Erinnerung auf.

Was für eine Pelzsorte mochte das wohl sein? Biber oder persisches Lammfell? — fragt ein Neugieriger aus der Runde.

Durch seinen Pelz ist es Finkelstein beschieden, noch dann und wann am Stammtisch genannt zu werden.

Wohin ist wohl der Mann verschwunden, dieser Finkelstein?

Es ist sonderbar, da war ein Mensch, und der ist verloren gegangen — sagt ein anderer.

Verloren gegangen — stimmt der Doktor zu und streifte die Asche seiner Zigarre ab.

(Aus dem Jüdischen übertragen von S. S.)

*

Grotesken aus der amerikanisch-jüdischen Assimilation

Die Sucht mancher aus Osteuropa eingewanderter Juden, in Amerika sich expreß zu amerikanisieren und auch äußerlich ihren ostjüdischen Ursprung vergessen zu machen, führt manchmal zu den grotesksten Szenen. So ereignete es sich, wie uns aus Neuyork geschrieben wird, vor kurzem, daß ein Jude mit dem Familiennamen Lewy (sprich Liwai) bei Gericht erschien und bat, seinen Familiennamen auf Leroy ändern zu dürfen. Mister Liwai hatte aber das Pech, gerade vor den Richter am Obersten Gerichtshof des Staates Neuyork Aron Lewy (sprich Liwai) geraten zu sein. Nun entspann sich folgender Dialog:

„Weshalb wollen Sie, Mr. Lewy, nicht mehr Lewy heißen?"

„Ich bin Elektrotechniker, und in meinem Berufe ist der prononciert jüdische Name Lewy ein schweres Hindernis für mein wirtschaftliches Fortkommen. Ich bin ein tüchtiger anerkannter Handwerker und Fachmann und ich bin es mir und meiner Familie schuldig, das einzige Hindernis einer sicheren Karriere, meinen Familiennamen, aus der Welt zu schaffen und ihn durch einen weniger anstößigen, wie zum Beispiel Leroy, zu ersetzen."

Nun hielt Richter Aron Leway dem kleinen Elektrotechniker Lewy ein strenges Privatissimum über Ehre und Charakterfestigkeit, das sich dieser sicherlich für sein ganzes Leben lang merken wird. In der Entscheidung des Richters stellt dieser zunächst fest, daß Lewy ein Name ist, der jeden, der ihn trägt, mit Stolz erfüllen kann. „Da jedoch Mr. Lewy mit aller Gewalt diesem Namen entrinnen will, so beweist er, daß er ein Feigling, ein kleiner Mensch ohne Mut und Selbstvertrauen ist, da Charakter und Mut notwendig seien, um Einflüsse zu bekämpfen, die der Bosheit und dem Vorurteil entspringen. Es ist kein Zweifel, daß Mr. Lewy die in der Bibel festgehaltene Tatsache nicht kennt, daß der Stamm Lewy sich niemals vor dem goldenen Kalb gebückt hat. Da aber Mr. Lewy mit seinem Ansuchen bekundet, welch einen Charakter er besitzt, so erfülle ich sein Ansuchen, damit sein Volk seiner loswerde."

Zu dem Kapitel der Amerikanisierung jüdischer Namen erzählt der Neuyorker Korrespondent des „Moment" einige lustige Fälle. So unter anderem, daß er in Kanada einen Juden kennengelernt habe, der „Reverend" und Mohel war, und Wolf Shakespeare hieß. Tatsächlich stand auf seiner Visitkarte: „Wolf Shakespeare, Reverend, Mohel und Trauungsvollzieher (Messader Kiduschim)." Auf die Frage, wie er zu diesem Namen komme, erzählte Reverend Shakespeare, daß er ursprünglich Wolf Schächter hieß. Als er nach Kanada kam, nannte er sich zunächst William anstatt Wolf. In dem Städtchen, in dem er in den ersten Jahren nach seiner Einwanderung wohnte, wurde er von der Bevölkerung, offenbar auch wegen des Gleichklanges bei der englischen Aussprache des Namens Schächter, scherzweise Shakespeare genannt, so daß er überhaupt nur unter dem Namen Shakespeare bekannt war. Schließlich adoptierte er auch selbst diesen Namen, wobei jedoch wieder der ursprüngliche Vorname Wolf hervorgeholt wurde.

Es ist begreiflich, daß diese wilde Hast eingewanderter Juden, in ihren Namen als hundertprozentige Amerikaner zu gelten, eine ganze Flut von Volkswitzen zur Folge hat. So wird auch die folgende Anekdote erzählt:

In einem amerikanischen Städtchen wendet sich ein Mr. Cohen an das Gericht mit dem Ersuchen, seinen Namen in Murphey ändern zu dürfen. Auf die Frage des Richters, was ihn hierzu bewege, antwortet Mr. Cohen, er habe sein Geschäft in einer fast durchwegs christlichen Gegend und die Christen wollen bei einem Cohen nicht einkaufen. Der Richter erfüllt das Ansuchen. Ein Jahr später erscheint derselbe Jude vor demselben Richter mit der Bitte, nunmehr seinen Namen auf Maccurty ändern zu dürfen. Erstaunt fragt nun der Richter, warum er auf einmal auch an dem echtamerikanischen Namen Murphey keinen Gefallen mehr finde? „Mir gefällt er schon," antwortet traurig Mr. Murphey recte Cohen, „aber . . . so oft ein christlicher Kunde in meinen Laden kommt und mich anschaut, fragt er mich immer: Mr. Murphey, wie hießen Sie eigentlich früher . . .?"

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Das Sportfest des Bar-Kochba München am Sonntag, dem 9. September, begegnet allgemeinem großem Interesse; ist es doch die erste größere jüdische sportliche Veranstaltung seit mehr als 6 Jahren. Dadurch, daß das Sportfest als ein Vereinszweikampf mit unserem Bruderverein Nürnberg veranstaltet wird, ist der Sache noch ein ganz besonderer Anreiz gegeben, und wir bemühen uns nun, einen Wanderpokal für den Sieger gestiftet zu erhalten, um diese Veranstaltung zu einer ständigen Einrichtung zu machen. An den Wettkämpfen sind alle Abteilungen beteiligt, sowohl die Damen wie die Herren und Alte Herren und die ältere und jüngere Jugend. Jeder Verein stellt für jede Übung je zwei Teilnehmer. Gewertet wird nach Punkten, und zwar erhält der Sieger 4 Punkte, der zweite 3, der dritte 2 und der vierte 1 Punkt. Es kommen folgende Konkurrenzen zur Austragung: 1. für Herren: 100 Meter, 800 Meter, 3000 Meter, viermal 100-Meter-Staffel, Schwedenstaffel (400, 300, 200, 100), Weitsprung, Kugelstoßen und Speerwerfen. 2. für Damen: 100 Meter, Weitsprung, viermal 100-Meter-Staffel. 3. für Alte Herren (über 32 Jahre) 100 Meter, Weitsprung, Kugelstoßen und dreimal 200-Meter-Staffel. 4. für Jugend I (Jahrgänge 1910—11) 200 Meter, Hochsprung, Diskus, viermal 100-Meter-Staffel. 5. für Jugend II (Jahrgänge 1912—13) 100 Meter, Weitsprung, Speerwerfen und viermal 100-Meter-Staffel und zum Schlusse eine gemischte Staffel: fünfmal 100-Meter für Jugend II, Damen, Jugend I, Alte Herren und Herren. Nach den leichtathletischen Wettbewerben findet das Handballwettspiel Bar-Kochba München gegen Bar-Kochba Nürnberg statt. Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba München. Die Ausscheidungskämpfe für unser Sportfest am 9. September finden jeden Dienstag und Donnerstag auf unserem Sportplatze an der Säbener Straße statt. Wir erwarten sämtliche Aktiven beim Training. Unsere I. Handballmannschaft trägt am Sonntag, vormittags 10 Uhr, ihr erstes Verbandsspiel gegen D. S. V. II auf dem Sportplatze an der Marbachstraße aus. Wir spielen in folgender Aufstellung:

Kornhauser II
Orljansky Kornhauser I
Fleischer Schneuer Felsen
Kalter Gelbart Hellfeld Schuster Gröbel

Wir spielen vorläufig noch in unserem alten Dreß: blaues Trikot, blaue Hose. Die Leitung.

STATT KARTEN!
Benno Friedmann
Lotte Friedmann
geb. Scheier
Vermählte
München 12. August 1928 Dresden
Trauung: Dresden, Hotel Bristol

Dr. Alfred u. Bertha Fraenkel, geb. Ehrentreu, zeigen in dankbarer Freude die Geburt eines gesunden Sohnes an.
München, Wagmüllerstraße 23, den 3. August 1928 / 17. מנחם אב

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.